

An die Kölner Abgeordneten des Deutschen Bundestag
Köln, den 07.06.2023

Nein zur geplanten GEAS-Reform der Bundesregierung

Guten Tag **Vorname Nachname**,

mit großer Sorge haben wir als Seebrücke Köln die Debatte um die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) verfolgt. Der Grundansatz der Reform, die Verschärfung der Einreisebedingungen für Schutzsuchende, erfüllt uns mit großer Sorge, da durch die sogenannte "Fiktion der Nichteinreise" das Stellen von Asylanträgen nahezu unmöglich gemacht werden soll und wird. Das Menschenrecht auf Asyl und andere Grundrechte werden damit faktisch ausgehebelt und nicht mehr gewährt. Es ist gut, dass sich gerade in den letzten Tagen auch **in Ihren Fraktionen / den Fraktionen Ihrer Amtskolleg*innen / der Ampelregierung Widerstand gegen dieses Vorhaben regt**. Wir fordern Sie als Kölner Abgeordnete*n auf, sich ebenfalls gegen diese Reform zu stellen und eine Zustimmung am 08.06. zu verhindern. **(Sanae Abdi hat bereits unterschrieben - weiterer Satz: Wir freuen uns, dass auch Sie dabei sind. Bitte lassen Sie jetzt nicht locker).**

Die Stadt Köln hat sich wie über 320 weitere Kommunen in Deutschland zum "Sicheren Hafen" erklärt und damit die Bereitschaft signalisiert, Schutzsuchende aufzunehmen. "Sichere Häfen" übernehmen Verantwortung und treten für eine solidarische Flucht- und Migrationspolitik ein. Als Seebrücke Köln erwarten wir auch von unseren Kölner Bundestagsabgeordneten, dass sie ihrer Verantwortung nachkommen. Wir fordern Sie auf, sich schützend vor das Menschenrecht auf Asyl zu stellen.

In den Reformplänen vorgesehen und bereits vielfach diskutiert sind zentrale Asylverfahren an den EU-Außengrenzen. Solche Verfahren, wie sie der Vorschlag vorsieht, sind nur durch weitere Internierungslager möglich. Was das bedeutet, dürfte auch Ihnen klar sein: Die Grundrechte der Schutzsuchenden würden massiv verletzt und außer Kraft gesetzt werden, und schon jetzt werden menschenrechtliche Standards an den EU-Außengrenzen missachtet. Sei es an der polnisch-belarussischen Grenze, in der Ägäis, in griechischen Lagern, in Ceuta und Melilla oder vor italienischen und anderen europäischen Gerichten: Die Praxis illegaler Pushbacks, Kriminalisierung, (tödlicher) Gewalt, Inhaftierung und anderer Schikanen und Einschüchterungen ist weithin bekannt, nicht zuletzt dank der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen,¹ die dieses menschenrechtswidrige Verhalten dokumentieren und öffentlich machen.² Die Schikanen betreffen auch die Menschenrechtsorganisationen, die diese wichtige Beobachtungs- und Dokumentationsarbeit leisten, wie die Auflösung der Organisation Mare Liberum deutlich zeigt.³

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal klarstellen: Schutz zu suchen und unregistriert eine Grenze zu überqueren, um einen Asylantrag zu stellen, ist nach internationalem Recht keine Straftat!

¹ Siehe dazu Balkan Brücke, SOS-Balkanroute, Borderline Europe, Mare Liberum, Pro Asyl, OHF etc.

² Bericht von OHF: <https://ohf-lesvos.org/de/situation-in-griechenland/13644/>.

³ Illegale Zurückweisung von Geflüchteten, deren Kriminalisierung sowie Gewalt und unwürdige Lager seien „an der Tagesordnung“. Auch Unterstützer*innen aus Hilfsorganisationen würden „zunehmend verfolgt“, <https://taz.de/Menschenrechtsverein-gibt-auf/!5931483/>.

Mit dem Argument, dass Kommunen, Länder oder der Bund an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen, wurde rund um den sogenannten "Flüchtlingsgipfel" im Mai 2021 eine Debatte losgetreten, die Menschen auf der Flucht das Recht auf Schutz abspricht. Damit wird erstens rechten und rassistischen Narrativen nachgegeben, die Hass schüren und Schutzsuchenden mit verbaler und physischer Gewalt begegnen. Dies erinnert uns zu sehr an die Ereignisse von 1993, als in Folge rassistisch motivierter Taten gegen Menschen mit Migrationsgeschichte der sogenannte Asylkompromiss beschlossen wurde. Wir appellieren nachdrücklich, sich der Vereinnahmung der Debatte durch Rechts zu widersetzen. Denn was zweitens in der Debatte oft unterschlagen wird: Die tatsächliche Zahl der Erstanträge auf Asyl ist rückläufig (im letzten Jahr waren es weniger als 200.000) und die allermeisten Menschen, die derzeit nach Deutschland kommen, haben ein Recht auf Schutz! Die Hauptherkunftsländer sind Syrien, Afghanistan, Türkei, Iran und Irak und damit Länder, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen, bewaffnete Konflikte und politische Verfolgung bestehen. Menschen, die aus diesen Ländern fliehen, dürfen nicht an der Flucht gehindert werden - denn verschärfte Gesetze halten Menschen nicht von der Flucht vor Krieg, Folter und Verfolgung ab, sondern machen sie nur noch gefährlicher und lebensbedrohlicher (vgl. hierzu auch die Ausführungen von ProAsyl).⁴

Wir bitten Sie eindringlich, als Kölner Abgeordnete gegen diese Asylreform Position zu beziehen. Setzen Sie sich im Bundestag dafür ein, dass die Bundesregierung zu ihrem im Koalitionsvertrag festgehaltenen Versprechen einer menschenrechtsbasierten Asylpolitik zurückkehrt und die Aushöhlung des Asylrechts stoppt. Fordern Sie die Bundesregierung auf, sich in der EU dafür einzusetzen, dass die Asylantragstellung erleichtert statt erschwert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Seebrücke Köln

⁴ ProAsyl: FAQ zur geplanten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), <https://www.proasyl.de/news/faq-zur-geplanten-reform-des-gemeinsamen-europaeischen-asylsystems-geas/>